

2. Vectoring-Antrag der Telekom

Generalangriff auf den wettbewerblichen Breitbandausbau ohne Gewinn für die dringend benötigte Flächendeckung in Deutschland

Die von der Telekom angebotene „Investitionszusage“ ist die gefährlichste **Mogelpackung** seit Beginn der Liberalisierung. Im ländlichen Bereich ist die Ausgangslage bei der Breitbandversorgung häufig immer noch schlecht. 2 Mbit/s sind hier keine Seltenheit.

Anders verhält es sich in den Kernbereichen der Telekom-Infrastruktur, den weitgehend schon gut versorgten und am leichtesten auszubauenden Gebieten in einem Radius von zirka 500 bis 800 Metern rund um die 8.000 bereits mit Glasfaser erschlossenen Verteilknoten (Hauptverteiler/HVt). Diese sollen nun zwar auch mit mehr Bandbreite versorgt werden, die Ertüchtigung mit Vectoring auf über 100 Mbit/s setzt aber nach Angaben der Telekom in der Regel bei bereits häufig erreichbaren 50 Mbit/s auf. Um dies zu erreichen ist die Einräumung einer **Exklusivität weder gerechtfertigt noch erforderlich, sie gefährdet sogar den gesamten Ausbau.**

Anstatt den Fokus aller investierenden Unternehmen – gemeinsam verabredet in der Netzallianz – auf die Versorgung der schwer erreichbaren und schlecht versorgten Gebiete zu legen, suggeriert die Telekom der Politik, dass es nun sinnvoll sein könnte, zuerst die Rosinen zu verteilen und dies sogar exklusiv allein an die Telekom. Sobald bundesweit der „Nahbereich“ von nur rund 500 Metern um die HVt herum exklusiv von der Telekom versorgt werden dürfte, hätte dies den größtmöglichen Schaden für alle alternativen Ausbaustrategien zur Folge.

Die von der Telekom geplante alleinige Versorgung der 8000 HVt-Nahbereiche führt dazu, dass in Deutschland eine dicht besiedelte Fläche von 16.000 km² dem Wettbewerb nicht mehr zur Verfügung steht. Dies entspricht ungefähr der Fläche Schleswig-Holsteins oder Thüringens.

Das Herausschneiden der zentralen Bereiche selbst in Kleinstädten und Dorflagen bedeutet auch außerhalb des Nahbereichs das Aus oder die weitgehende Unwirtschaftlichkeit für:

- private Investoren,
- Unternehmungen der Stadtwerke,
- regionale und kommunale Betreibermodelle,
- die weitere – dringend erforderliche – Aufrüstung auf FTTB/H im nächsten Schritt.

Schon bestehende und von den Wettbewerbern errichtete massive Glasfaserstrukturen werden entwertet oder von der Telekom überbaut. Betroffen sind:

- Mehr als eine Millionen bereits unter allergrößtem Investitions-Einsatz ausgebaute FTTB/H-Anschlussleitungen, die sofort zur Verfügung stehen und trotzdem nicht von der Telekom als bestmögliche Vorleistung genutzt, sondern mit schlechterer Technik überbaut werden sollen.
- Zehntausende Kabelverzweiger (KVz) im ländlichen Bereich, deren isolierter Betrieb nach Herauslösung des Nahbereichs nicht mehr sinnvoll ist.
- Fast 4.000 HVt mit bereits erfolgtem Glasfaserausbau durch die Wettbewerber.

Das von der Telekom angebotene „Ersatzprodukt“ ist zudem völlig inakzeptabel und zerstört die meisten Breitband-Investitionsmöglichkeiten.

- Es ist nicht nur doppelt so teuer, sondern **qualitativ nicht ausreichend** und entspricht als Layer 2 Bitstrom (nur Datenstrom mit Telekom-Qualität statt entbundelter Anschlussleitung TAL mit besserer Wettbewerberqualität) bei Weitem nicht den Vorgaben der EU-Kommission (VULA).
- Insbesondere hat die Telekom auch die Entlassung des Bitstromproduktes aus der Regulierung gefordert. Es droht der **nach deutschem und europäischem Recht völlig inakzeptable Wegfall der Regulierung** an 8.000 zentralen Verteilern bundesweit.
- Es ist **ungeeignet zur Versorgung von Geschäftskunden**. Die wettbewerbliche Versorgung dieser gesamtwirtschaftlich enorm wichtigen Kundengruppe ist damit unmöglich.

Der Nutzen für die Erreichung der Breitbandziele der Bundesregierung ist minimal:

- Nur 25 % der betroffenen KVz in den Nahbereichen liegen im ländlichen Raum.
- Allein von Vodafone können mit VDSL 50 % der Bürger im Nahbereich bereits mit 50Mbit/s versorgt werden.
- Alle Wettbewerber versorgen schon über 60 % des Gebietes mit Bandbreiten von 50 Mbit/s, in vielen Fällen bereits deutlich mehr.
- Die Versorgung durch die Wettbewerber, Kommunen und regionale Investoren wächst schnell weiter an, da erst seit kurzer Zeit VDSL oder FTTB/H verstärkt und in Fördergebieten zum Einsatz kommt. 80 % der Ausschreibungen, z. B. in Bayern, sind gerade erst angelaufen.
- Die noch nicht mit Vectoring-VDSL versorgten Nahbereich-Gebiete sind aber in der Regel bereits heute versorgt – meist 16-25 Mbit/s. Ihre Versorgung war bisher nicht primäres Ausbauziel der Unternehmen.
- Jetzt Investitionen unter Inkaufnahme wettbewerblicher Kollateralschäden vorrangig in den Nahbereich zu lenken, ist politisch kaum vertretbar.
- Der **Schaden ist für die Menschen auf dem Land** aufgrund dann ausbleibender Investitionen enorm.
- Der Nahbereich ist für die Telekom ein Wettbewerbsproblem (Kabelnetzbetreiber und FTTB/H), aber kein Versorgungsproblem für die Bevölkerung.
- Vectoring im HVt-Nahbereich wurde bislang aus angeblichen technischen Gründen von der Telekom verhindert und könnte nun endlich auch in den lukrativeren Kernbereichen von allen Investoren genutzt werden.
- Mangelnde Service-Qualität und enorme Ressourcenprobleme der Telekom werden durch ein solches Großprojekt absehbar zu Lasten der Unternehmen und Kunden noch verschärft.

Der Nutzen liegt durch eine drastisch verbesserte eigene Wettbewerbssituation im Wesentlichen bei der Telekom:

- Das Versprechen der Telekom, fast 6 Mio. Kunden mit erheblich schnellerem Internet versorgen zu können, stimmt aus Sicht der Telekom. Sie verbessert essentiell IHRE eigene Versorgung.
- Damit verbessert sie ihre Wettbewerbssituation gegenüber den Kabelnetzbetreibern in rund 60 % des Gebietes, bleibt aber dennoch weit unter deren angebotener Bandbreite.
- Sie erschwert den weiteren FTTB/H-Ausbau massiv, da die Kundenakzeptanz für FTTB/H sinkt, je besser die Versorgung vor Ort ohnehin schon ist. **Statt die bessere vorhandene Technik zu nutzen und die ohnehin heute noch viel zu geringe Netzauslastung der FTTB/H-Anbieter zu verbessern, überbaut die Telekom deren Netze mit schlechterer Technik.** Der Sinn der Netzallianz wird so zunichte gemacht.
- Alle weiteren Investitionen im Nahbereich und darüber hinaus würden wirtschaftlich nahezu unmöglich, da der Kernbereich der Ausbaugebiete nicht mehr erreichbar wäre und den Wettbewerbern nur Ausbauinseln blieben.
- In städtischen Gebieten, die noch schlecht erschlossen sind, stoßen die HVT-Nahbereiche sogar so dicht aneinander, dass ohnehin kaum mehr vom Wettbewerb versorgbare Gebiete verblieben.
- Bereits die Teilnahme an Ausschreibungsverfahren wäre für die Wettbewerber zukünftig faktisch unmöglich, da häufig Gebiete aus dem Nahbereich eingeschlossen sind und hier nur noch die Telekom als Anbieter in Betracht käme.
- Die Telekom hätte ihr Ziel einer „Regionalisierung der Regulierung“ (und damit dem Wegfall des erforderlichen Zugangs für den Wettbewerb) ohne jede gesetzliche Rechtfertigung und Prüfung in ganz Deutschland erreicht und gerade nicht auf Gebiete beschränkt, in denen die Telekom aufgrund zu geringer Marktanteile regional aus der Regulierung zu entlassen wäre.
- Das Ende der Regulierung käme dabei schlagartig nicht nur für den von der EU in Erwägung gezogenen Bitstromzugang, sondern gleichzeitig flächendeckend auch für die TAL und damit die Ausgangsbasis jeder alternativen Investition.

Nicht erst mittelfristig, sondern schon kurzfristig überwiegen die Nachteile für Bürger und Unternehmen. Der Vorstoß führt zum größten volkswirtschaftlichen Schaden seit Beginn der Liberalisierung des TK-Marktes.

- Schon allein der Antrag hat – schlimmer noch als beim Vectoring Antrag 1 in 2013 – zu einer massiven Verunsicherung der Investoren in den weiteren Glasfaserausbau geführt. Eine stattgebende Entscheidung würde einen irreversiblen Schaden für das hiesige Investitionsklima nach sich ziehen.
- Deutschland würde jede Reputation bei den nationalen und internationalen Investoren dauerhaft verlieren.
- Kommunale Aktivitäten, erfolgreiche Betreibermodelle mit besserer FTTB/H-Infrastruktur würden ausgehebelt und damit auch zukünftig unverzichtbare kommunale Investitionen. So würde die Förderung von Wirtschaftlichkeitslücken zur Regel und nicht die Ausnahme bleiben.
- Alle Unternehmen und kommunale Vertreter haben sich daher ausnahmslos für die Möglichkeit des „Weiter-investieren-Dürfens“ ausgesprochen und dem Antrag in dieser Form daher eine Absage erteilt.

Der Antrag geht in seiner wettbewerbszerstörerischen Wirkung somit weit über den Nahbereich hinaus und hebt sämtliche Investitionen alternativer Anbieter aus.

Die gemeinsamen Ziele können im Wettbewerb deutlich besser erreicht werden:

- Bei einem angemessenen Antrag auf Basis der letzten Vectoring-Entscheidung und im Geiste der Netzallianz könnten die Wettbewerber ausbauen, ohne dass die Telekom geschädigt würde. So blieben alle Investitionen, insbesondere auch gerade im ländlichen Bereich, erhalten – rund 9 Mrd. Euro bis 2018.
- In den städtischen Bereichen würde nach den bestehenden Vectoring-Regeln meist ohnehin die Telekom zum Zuge kommen – ohne aber, dass der Ausbau im Land hierdurch behindert würde.
- Wo die Wettbewerber bauen, könnte und sollte die Telekom – vice versa – Bitstrom einkaufen („Wholebuy“), damit die Auslastung aller neuen Netze erhöht werden kann.
- Gleichwohl könnte sie ihre Wettbewerbsposition damit gegenüber den Kabelnetzbetreibern erheblich verbessern. Doppelausbau, Überbau oder alleiniges Telekom-Monopol sind dafür völlig unnötig.
- Mehr Bandbreite (> 50 Mbit/s) für wettbewerbsfähige Angebote muss auch in den HVt-Nahbereichen jetzt und zukünftig verfügbar sein. Dies aber nur **im** Wettbewerb und nicht unter Aushebelung desselben.

Es geht bei dem Antrag der Telekom in allererster Linie um Marktverdrängung und um die Verhinderung des Aufbaus gleicher (FTTC) oder gar besserer Infrastrukturen (FTTB/H) durch alternative Investoren, nicht aber um die Erreichung der gemeinsam verabredeten politischen Ziele.

Wir brauchen jede politische Unterstützung um schnell und ohne ein langwieriges, Monate dauerndes Regulierungsverfahren wieder auf einer konsensualen Basis – der Netzallianz – Verbesserungen gemeinsam voranzutreiben.

Der Alleingang der Telekom muss so schnell wie möglich gestoppt werden, damit die bereits initiierten und geplanten Investitionen nicht zum Erliegen kommen.

Bereits jetzt ist ein dramatischer Rückgang der Investitionen aufgrund des schwebenden Verfahrens abzusehen. Der VATM fordert daher eine schnelle Rücknahme des Antrags.

Zumindest aber muss die Politik sofort verlässliche Signale an Investoren senden, dass der Breitbandausbau in Deutschland weiterhin – wie in der Netzallianz beschlossen – von allen Marktteilnehmern fortgeführt werden soll und Planungssicherheit für Breitbandinvestitionen in Deutschland besteht.